

Gastkolumne zum Sparen

Der Bund will bloss Mehrkosten kürzen

Austerität ist eines dieser sperrigen Lehnwörter, die Wirtschaftsjournalisten ungeachtet ihrer Sperrigkeit gerne benutzen. Es stammt aus dem Altgriechischen und meint Strenge. Auf's Finanzielle übertragen: Sparsamkeit. Es erstaunt deshalb nicht, dass der Begriff von den meisten Sprachbenutzern in polemischer Absicht gewählt wird: Wer von Austerität spricht, zielt die anderen der übertriebenen Sparsamkeit. Und Sparsamkeit ist demnach der Anfang vom Ende politischen Handelns: der Beginn des staatlichen Zu-Tode-Sparens, ein Angriff auf den Staat selbst.

Klingt dramatisch. Aber ist es dies auch?

In den meisten europäischen Ländern ist die Situation zweifellos prekär – allerdings nicht, weil plötzlich rigide gespart würde, sondern weil die Schuldenstände Höhen erklommen haben, die bis vor kurzem undenkbar waren. Und mehr Staatsschulden heisst immer: mehr von staatlichen Verordnungen abhängige Menschen, mehr Entscheidungen in den Händen weniger (nicht der Bürger, sondern der Beamten und Politiker), mehr Lobbyismus um die staatlichen Honigtöpfe, mehr Geldmenge und entsprechendes Inflationspotenzial – kurz, mehr Blasenbildung auf allen möglichen Märkten. Länder wie Frankreich oder die USA geben mittlerweile mehr Steuergelder für Schuldzinsen aus als für die Armee. Wenn Politiker – vereinzelt – zur Austerität aufrufen, ist dies vor diesem Hintergrund verständlich. Aber kaum jemand wird sich daran halten!

Doch lässt sich die prekäre Schuldenlage einfach so auf die Schweiz übertragen? Die OECD-Länder stehen im Schnitt mit über 80 Prozent des

«Es gilt das eherne Gesetz: Je mehr der Staat bekommt, desto mehr braucht er.»

BIP in der Kreide. Das heisst: Sie haben fast ein Jahr der volkswirtschaftlichen Leistung bereits verfrühstückt, in der Hoffnung auf bessere oder jedenfalls anhaltend gute Zeiten. Die Schweiz jedoch ist anders. Sie steht mit einer Schuldenquote von unter 30 Prozent des BIP grundsollide, ja geradezu paradiesisch da. Warum also sparen? Macht es Sinn, das Land gerade in diesen härteren Zeiten auf fiskalpolitische Disziplin zu trimmen und den Sozialstaat auf dem Altar der Wirtschaft zu opfern?

So liest man, so sieht man, so hört man es täglich. Das Schlechtere des Sparens verfängt und ist längst in viele Köpfe eingesickert, auch in solche der Meinungsmacher. Und das, obwohl dieser Haltung ein grosses Missverständnis zugrunde liegt. Der Bundesstaat hat seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie gespart – bis heute nicht. Denn sparen heisst: weniger ausgeben, als man an Steuern und Gebühren einnimmt. Der Staatshaushalt ist jedoch bisher noch jedes Jahr gewachsen. Was sich zuweilen verlangsamt hat, ist bloss das Wachstum der Ausgaben. Spardebatten, wie auch die jetzige, sind ein Trugbild. Es wird nicht gespart, die Ausgaben wachsen bloss weniger schnell als geplant.

Nun muss man wissen, dass sich der Bundeshaushalt

mittlerweile jenseits der 80 Milliarden Franken bewegt und bereits 2026 die 90-Milliarden-Franken-Grenze ritzen dürfte. Der grösste Kostenbrocken ist die soziale Wohlfahrt mit über einem Drittel der Ausgaben – die Schweiz opfert den Sozialstaat also nicht, sondern baut ihn laufend aus, was man je nach Perspektive durchaus loben kann. Nur leugnen kann man es nicht. Der Bundesrat will nun – oh Skandal – den Bundeshaushalt ab 2027 um rund 4 Milliarden Franken pro Jahr entlasten. Aber bis dahin ist der Bundeshaushalt bereits um etwa das Doppelte dieses Betrags gewachsen. Von Sparen kann daher auch in der wohlwollendsten Interpretation der Sachlage keine Rede sein, auch nicht von Austerität, höchstens von einer gebremsten Lockerheit im Geldausgeben.

Ein Punkt, in der breiten Öffentlichkeit ebenfalls kaum bekannt, kommt noch hinzu: Dank der neuen OECD-Unternehmenssteuer von 15 Prozent und der Erhöhung der Mehrwertsteuer generiert der Bund im Jahre 2027 schätzungsweise sogar weitere 7 Milliarden Franken an Mehreinnahmen. Anders gesagt: Bundesbern schwimmt geradezu im Geld. Doch es gilt das eherne Gesetz: auch mehr ist nie genug. Je mehr der Staat bekommt, desto mehr braucht er. Wohin diese Art des staatlichen Handelns führt, zeigen die europäischen Nachbarn.



René Scheu, ist Philosoph und Geschäftsführer des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) in Luzern.

Kommentar

Protestwahl mit Folgen

«Österreich ist ein Land, das seine vielen Skandale stets brav aufarbeitet – und dann passiert nichts.» Dieses geflügelte Wort erfährt am gestrigen Wahlabend seine eindruckliche Bestätigung: Fünf Jahre nach der markerschütternden Ibiza-Affäre schaffte die FPÖ einen historischen Wahlsieg und verwies alle anderen Parteien auf die Plätze. Fünf Jahre nach der Schlagzeile der «Kronen-Zeitung» «FPÖ am Ende» und dem Rücktritt des damaligen Vizekanzlers Heinz-Christian Strache greift dessen Komplize Herbert Kickl nach der Macht; kein schlechter Karrieresprung für den damaligen Innenminis-

ter, der im Zuge von «Ibiza» mit Schimpf und Schande aus dem Amt gejagt wurde ... als erster Minister der Zweiten Republik überhaupt.

Nach Verkündung der ersten Hochrechnungen blieb zunächst unklar, ob der Bundespräsident tatsächlich Kickl und der FPÖ den Auftrag zur Regierungsbildung geben würde. Mathematisch möglich und politisch denkbar waren gestern vier verschiedene Koalitionsvarianten; drei davon ohne FPÖ. Doch nach Einschätzung aller Kommentatoren bedeutete der gestrige Volksentscheid die klare Abwahl der regierenden

ÖVP und des Grünen-Koalitionspartners. Bundespräsident Alexander Van der Bellen sollte daher konsequent sein und Kickl zumindest einmal mit dem Regierungsauftrag mandattieren. Und dem Wahlvolk dadurch klarmachen, welche ernsthaften Folgen eine Protestwahl haben kann.



Bojan Stula bojan.stula@chmedia.ch

«Putin sieht in

Spitzendiplomat John Bolton beriet den damaligen Präsidenten Trump in Sicherheitsfragen, bis er desillusioniert aufgab. Jetzt sagt er im Interview, was ein Comeback des Republikaners im Weissen Haus für die Ukraine, den Nahost-Konflikt und die Schweizer Neutralität bedeuten würde.

Stefan Brändle und Patrik Müller

Sie arbeiteten 2018 und 2019 eng mit US-Präsident Donald Trump zusammen und bestimmten seine aussenpolitischen Entscheidungen mit. Das endete nicht gut. Warum?

John Bolton: Als ich den Posten des Nationalen Sicherheitsberaters annahm, glaubte ich, dass sich Trump durch das Gewicht seiner Verantwortung und die Schwere der Entscheidungen disziplinieren würde. So wie jeder andere amerikanische Präsident lernen musste, dass nationale Sicherheit ein durchdachtes Vorgehen erfordert. Mir wurde aber recht schnell klar, dass es Trump ziemlich egal war, etwas zu lernen.

Weil er nach seinem Selbstverständnis schon alles weiss?

Er glaubte, dass es genügte, gute persönliche Beziehungen zu Amtskollegen wie Wladimir Putin zu pflegen. Dann, so bildete er sich ein, wären auch die Beziehungen zwischen den beiden Ländern gut. Trump dachte nicht in politischen Dimensionen, sondern stellte nur eine Frage: Kommt es Trump zugute? Deshalb habe ich im September 2019 meinen Rücktritt eingereicht.

Was war der wichtigste Streitpunkt mit Trump?

Da gab es viele. Ein Problem war der Umgang mit Nordkorea. Die USA liefen Gefahr, Kim Jong Un bezüglich des Nuklearproblems grosse Zugeständnisse zu machen. Denn Trump wollte unbedingt einen «Deal», schliesslich hat er ja ein Buch geschrieben: «The Art of the Deal». Das zweite Problem war Afghanistan und das Abkommen mit den Taliban. Trump initiierte es und begann mit der Umsetzung; Biden setzte dann den Truppenabzug schlecht um.

Die USA erleben eine dramatische Wahlkampagne, mit Schiessereien und einem Kandidatenwechsel. Wer profitiert?

Ich glaube, das alles hilft eher Donald Trump, weil er in Pennsylvania buchstäblich nur einen Zentimeter davon entfernt war, sein Leben zu verlieren. Zwischen Kennedys Ermordung 1963 und dem Anschlag auf Ronald Reagan 1981 hatte es eine Reihe von Angriffen gegeben. Gerald Ford wurde zweimal beschossen, George Wallace wurde angeschossen, Robert F. Kennedy wurde ermordet, Martin Luther King wurde ermordet. Es war eine gefährliche Zeit. Ich denke, die Leute sind jetzt zu Recht besorgt.

Nach dem Attentat schien es einige Tage, Trump würde versöhnlicher. Bald fiel er aber wieder in die alte, aggressive Rhetorik zurück. Warum?

Man könnte denken, dass jemand, der nur knapp mit dem Leben davongekommen ist, sich selber reflektiert. Aber Trump ist nicht so. Ihn interessiert nur etwas: Was nützt mir? Trump ist zutiefst überzeugt, dass er davon profitiert, wenn er sich als Opfer inszeniert, als Ziel von finsternen Mächten.

Sind die USA bereit für eine weibliche Präsidentin?

Das Geschlecht ist kein entscheidender Faktor. Schon 2016 waren die Leute bereit für eine Frau. Aber sie waren nicht bereit für Hillary Clinton, weil sie die nicht mochten.

Sind sie bereit für Kamala Harris?

Schwer zu sagen. Diese Wahlkampagne ist beispiellos, weil Biden sehr spät zurückgetreten ist und Harris die Nominierung ohne einen innerparteilichen Wettbewerb erhielt. Was klar ist: Harris weckt nicht dieselbe Feindseligkeit und Abneigung wie Hillary.

Unter normalen Umständen hätte Harris als relativ weit links stehende Kandidatin – eine San-Francisco-Demokratin – wohl keine Chance. Aber die Abneigung gegen Trump ist bei mindestens 50 Prozent sehr stark.

In normalen Zeiten würde wahrscheinlich jeder andere Republikaner gegen Harris mit grossem Vorsprung gewinnen. Aber Trump ist Trump. Deshalb ist die Wahl so knapp wie kaum eine davor.

Was ist das Wichtigste, das der Präsident oder die Präsidentin tun sollte?

Die Defizite senken! Das ist enorm schwierig, weil die USA gleichzeitig ihr Verteidigungsbudget wieder auf Reagan-Niveau anheben müssen, also von zurzeit 3 Prozent auf 5 bis 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die schlechte Nachricht für Europa ist, dass auch diese Länder ihre Ausgaben verdoppeln müssen.

Weil die Amerikaner nicht mehr für die Nato zahlen?

Die Europäer müssen mehr in die Verteidigung investieren und mehr für sich selber schauen. Ich denke, es ist keine leere Drohung von Trump, dass er aus der Nato austreten will. Er meint es ernst. Ich war 2018 mit ihm auf dem Nato-Gipfel in Brüssel, und er war sehr nah dran, das zu tun.

Hat die Neutralität, wie sie die Schweiz hochhält, in dieser polarisierten Welt noch eine Zukunft?

Ich glaube nicht. Finnland und Schweden kamen nach mehr als 75 Jahren Neutralität zu dem Schluss, dass der einzige sichere Ort hinter der Nato-Grenze liegt. Die Schweiz meint vielleicht, sie werde automatisch mitverteidigt, wenn der Rest Europas verteidigt wird. Aber sicher ist das nicht. Die Trittbrettfahrer müssen absteigen und sich aktiv einbringen in der Nato.

Wie würde Trumps Vorgehensweise den Krieg in der Ukraine beeinflussen, falls er ins Weisse Haus zurückkehrt?

Auf einer Kundgebung hat er gesagt, dass die Russen in einem Krieg stets gewinnen, sie hätten ja auch die Nazis und Napoleon besiegt. Das impliziert natürlich, dass die Ukraine unweigerlich verlieren muss. Trump sagte auch, das